Antrag

der Abgeordneten Razborcan, Rosenmaier, Dworak, Gartner, Gruber, Hahn, Onodi, Schagerl, Mag. Scheele, Dr. Sidl, Thumpser MSc, Tröls-Holzweber und Vladyka

betreffend Einführung einer flächendeckenden LKW Maut

Verkehrswege sind Lebensadern. Das gilt für den Wirtschaftsstandort ebenso wie für das Bedürfnis der persönlichen Mobilität jeder und jedes einzelnen. Daher ist es entscheidend diese so wichtige Infrastruktur nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen – und zwar sowohl was das Straßennetz angeht wie auch im öffentlichen Verkehr.

Österreich hat laut einer Studie der PMS Consult, die sich auf die Landesstraßen mit einer Gesamtlänge von ca. 34.000 km und die Gemeindestraßen mit rund 98.000 km bezieht, einen dringenden Sanierungsbedarf im Straßenwesen.

Das derzeitige Sanierungsbudget beträgt für den Straßenoberbau und die Bauwerke alleine der Landesstraßen pro Jahr € 277,2 Mio. Der tatsächliche Bedarf pro Jahr liegt aber bei € 495,3 Mio. Wir haben derzeit 30 – 40 % Altbestand bei unseren Straßen, die bereits 5 x überarbeitet wurden und die einer Generalsanierung, d. h. inklusive des kompletten Unterbaues bedürfen. Jedes Jahr des Zuwartens bedeutet stärkere Schäden und damit höhere Kosten; d. h. wir haben Handlungsbedarf.

Tausende Kilometer Landes- und Gemeindestraßen sind in schlechtem Zustand und jeder Tag der Untätigkeit kostet hier noch zusätzliches Geld! Eine Studie der Arbeiterkammer zeigt dazu klar auf, dass eine flächendeckende LKW-Maut in Österreich über € 570 Mio. brächte und durch die Sanierungsmaßnahmen mehr als 10.000 dringend benötigte Jobs schaffen könnte.

Tatsache ist, dass man Mittel zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und zur Erhaltung der Straßen dringend braucht. Die größten Schäden werden dabei vom Schwerlastverkehr, also von LKWs verursacht. Die Abnutzung der Straße durch ein Fahrzeug steigt exponentiell zur Achslast.

D. h. während ein Mittelklasse-PKW mit 1.000 kg eine Achslast von 500 kg hat, hat ein 30-Tonnen-LKW mit 4 Achsen eine Achslast von 7.500 kg und schädigt die Straßen um mehr als das 50.000 fache.

Bisher tragen die LKWs aber nur 50 % der von ihnen verursachten Straßenkosten, zeigt die österreichische Wegekostenrechnung. Die Steuerzahler müssen den Rest übernehmen. Deshalb ist es aus objektiver Sicht nur gerecht, dass sich die LKW's als Hauptverursacher künftig an den Kosten der Straßenschäden stärker beteiligen, einfach nach dem Verursacherprinzip. Daher ist die Einführung einer flächendeckenden LKW Maut nicht nur gerecht, sondern ein Gebot der Stunde.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

ANTRAG:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung, insbesondere der für Verkehr zuständige Landesrat Mag. Karl Wilfing, wird aufgefordert sich im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung dafür einzusetzen,

1) die LKW-Maut nochmals einer Volkswirtschaftlichkeitsberechnung zu unterziehen, die insbesondere den tatsächlichen Sanierungsbedarf, Zusatzkosten durch ein weiteres Aufschieben, eine Arbeitsplatzoffensive, Arbeitslosenunterstützung und Mindestsicherung, etc. mitumfasst.

2) Bei einer Einführung der LKW-Maut diese jedenfalls zweckgebunden für die Straßensanierung und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu verwenden.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem VERKEHRSAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.